

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 07. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses am Mittwoch, 22.03.2006 um 17:00 Uhr,

Anwesend waren:

Ratsmitglieder

Herr Dr. Ralf Bommermann	CDU	für Carsten Herlitz
Frau Susanne Brandenburg	CDU	
Herr Achim Kleuser	CDU	
Frau Ute-Lucia Krall	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Frau Angelika Urban	CDU	
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Frau Birgit Alkenings	SPD	
Herr Hans-Georg Bader	SPD	
Frau Anabela Barata	SPD	
Frau Astrid Becker	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Rolf Mayr	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Jürgen Scholz	SPD	
Herr Ludger Reffgen	BA	
Herr Udo Weinrich	BA	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne	
Herr Horst Welke	FDP	für Rudolf Joseph
Herr Werner Horzella	dUH	

Von der Verwaltung

Herr Bürgermeister Scheib
1. Beig. Thiele
Herr Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Beig. Maximilian Rech
Herr Heinrich Klausgrete
Herr Lutz Wachsmann
Herr Michael Witek
Frau Monika Ortmanns
Herr Roland Becker
Frau Carola Schiller

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

- 1 Anregungen und Beschwerden
- 1.1 Anregung und Beschwerde gemäß § 24 GO NW
hier: Aufhebung der Sperrung Weststraße WP 04-09 SV 66/050
- 2 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
- 2.1 Ausbau Bruchhauser Weg
hier: Unterlagen gemäß § 14 GemHVO WP 04-09 SV 66/039
- 2.2 Umgestaltung "Alter Markt"
hier: Unterlagen nach § 14 GemHVO WP 04-09 SV 66/051
- 3 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen/Schulhöfen im
Stadtgebiet 2006
hier: Beratung der § 14 Unterlagen gem. GemHVO WP 04-09 SV 66/049
- 4 Wirtschafts- und Stellenplan der Freizeitgemeinschaft Behinderte
und Nichtbehinderte e. V. für das Jahr 2006 WP 04-09 SV 50/023
- 5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur teilweisen Wahrnehmung von
Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung der Stadt Hilden durch
das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Monheim am Rhein WP 04-09 SV 14/022
- 6 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kinder- und Jugend-
darthothek "Bildwechsel" WP 04-09 SV 41/037
- 7 Änderung der Vergnügungssteuersatzung WP 04-09 SV 20/061
- 8 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbü-
cherei WP 04-09 SV 41/036
- 9 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 9.1 Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2006 - zugleich Anlage
zum Haushaltsplan WP 04-09 SV 20/059
- 9.2 Entwurf des Investitionsprogramms/ der Finanzplanung 2005 bis
2009 sowie des Haushaltsplanes 2006 WP 04-09 SV 20/060
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Zuhörer. Zur Tagesordnung stellte er fest, dass die Unterlagen - soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen - rechtzeitig und vollständig zugegangen seien. Zum Tagesordnungspunkt 9b verwies er auf die als Tischvorlage vorgelegte Ergänzung aufgrund der Beschlüsse vom gestrigen Tag und dem Antrag der Grünen vom heutigen Tag.

Weiterhin teilte er mit, dass der Tagesordnungspunkt 2b) „Umgestaltung Alter Markt – hier: Unterlagen nach § 14 GemHVO – SV 66/051“ aufgrund des Beratungsergebnisses aus dem Stadtentwicklungsausschuss und dem hieraus resultierenden Auftrag an die Verwaltung von der Tagesordnung abgesetzt werden solle. Hier werde die Verwaltung eine neue Vorlage nach den Vorgaben aus dem Stadtentwicklungsausschuss erarbeiten. Hiermit erklärten sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einverstanden.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

1 Anregungen und Beschwerden

1.1 Anregung und Beschwerde gemäß § 24 GO NW hier. Aufhebung der Sperrung Weststraße

WP 04-09 SV 66/050

Rm. Reffgen/BA reichte für die BA-Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag ein:

„Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen:

1. Die Weststraße bleibt im Einmündungsbereich der Düsseldorfer Straße für Fahrzeuge über 3,5 t gesperrt.
2. Die Weststraße wird auf dem als Mischfläche ausgebauten Abschnitt (ca. 80 m) aus Richtung Düsseldorfer Straße zur Einbahnstraße erklärt. Die Abfahrt aus dem Gewerbegebiet erfolgt somit für alle Fahrzeuge – ausgenommen Radfahrer – ausschließlich über die Liebigstraße.
3. Die Weststraße erhält im ersten und zweiten Drittel der Mischfläche starke Aufpflasterungen mit dem Ziel, eine wirksame Verkehrsberuhigung und die Sicherheit der Anwohner zu gewährleisten.
4. Nach einer 6-monatigen Probezeit berichtet die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss über die Erfahrungen mit den vorgenannten Verkehrslenkungsmaßnahmen.
5. Auf der Düsseldorfer Straße wird zur Optimierung der Einfahrt in die Liebigstraße eine Linksabbiegespur eingerichtet. Die Liebigstraße bleibt die Hauptzufahrtsstraße für das Gewerbegebiet.“

Rm. Schreier/CDU erklärte, seine Fraktion könne sich diesem Antrag anschließen, da er im Wesentlichen mit dem CDU-Vorschlag übereinstimme, die darüber hinausgehende Erweiterung des Beschlusses könne mitgetragen werden.

Die Ratsmitglieder Alkenings/SPD und Horzella/dUH sprachen sich gegen diesen Änderungsantrag aus, da er eine ähnliche Regelung beinhalte, wie die bisherige, die zu dieser Unzufriedenheit geführt habe.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mit 12 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, BA und FDP) gegen 11 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD, Grüne und dUH) der Anregung auf Aufhebung der Sperrung der Weststraße stattzugeben.

Anschließend beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mit 12 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, BA und FDP) gegen 11 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD, Grüne, dUH) entsprechend dem Änderungsantrag der Bürgeraktion:

„Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen:

1. Die Weststraße bleibt im Einmündungsbereich der Düsseldorfer Straße für Fahrzeuge über 3,5 t gesperrt.
2. Die Weststraße wird auf dem als Mischfläche ausgebauten Abschnitt (ca. 80 m) aus Richtung Düsseldorfer Straße zur Einbahnstraße erklärt. Die Abfahrt aus dem Gewerbegebiet erfolgt somit für alle Fahrzeuge – ausgenommen Radfahrer – ausschließlich über die Liebigstraße.
3. Die Weststraße erhält im ersten und zweiten Drittel der Mischfläche starke Aufpflasterungen mit dem Ziel, eine wirksame Verkehrsberuhigung und die Sicherheit der Anwohner zu gewährleisten.
4. Nach einer 6-monatigen Probezeit berichtet die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss über die Erfahrungen mit den vorgenannten Verkehrslenkungsmaßnahmen.
5. Auf der Düsseldorfer Straße wird zur Optimierung der Einfahrt in die Liebigstraße eine Linksabbiegespur eingerichtet. Die Liebigstraße bleibt die Hauptzufahrtsstraße für das Gewerbegebiet.“

2 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

2.1 Ausbau Bruchhauser Weg hier: Unterlagen gemäß § 14 GemHVO

WP 04-09 SV 66/039

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss den Ausbau des Bruchhauser Weges von der Diesterwegstraße bis einschließlich Kreuzung mit der Karnaper Straße / Schützenstraße und stimmt den nach §14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 363.000,00 € zu.

Nach Bereitstellung der Planungskosten im Jahre 2004 = 15.000,00 €
soll der Restbetrag = 348.000,00 €

nach dem Bauzeitenplan unter Beachtung des Kassenwirksamkeitsprinzips folgendermaßen veranschlagt werden:

Ansatz 2006 = 320.000,00 € bei VE für 2007 28.000,00 €
Ansatz 2007 = 28.000,00 €

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der weiteren Haushaltsplanung 2006 entschieden.“

2.2 Umgestaltung "Alter Markt" WP 04-09 SV 66/051
hier: Unterlagen nach § 14 GemHVO

zurückgezogen

3 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen/Schulhöfen im WP 04-09 SV 66/049
Stadtgebiet 2006
hier: Beratung der § 14 Unterlagen gem. GemHVO

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen und Schulhöfen im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten § 14-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten von 50.000 € (Schulhöfe) und 120.000 € (Spielplätze) zu.

Über die Aufnahmen der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

4 Wirtschafts- und Stellenplan der Freizeitgemeinschaft Behinderte WP 04-09 SV 50/023
und Nichtbehinderte e. V. für das Jahr 2006

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wie folgt:

1. Der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. wird nach dem vorgelegten Wirtschaftsplan 2006 ein städtischer Zuschuss für dem ungedeckten Fehlbetrag in Höhe von 139.700 € gewährt.
2. Der Stellenplan des Vereins für das Jahr 2006 wird genehmigt.“

- 5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur teilweisen Wahrnehmung von WP 04-09 SV 14/022
Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung der Stadt Hilden durch
das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Monheim am Rhein
-

Rm. Weinrich/BA teilte mit, dass die vorgesehene Beratungsfolge – erst Haupt- und Finanzausschuss dann Rechnungsprüfungsausschuss – im Hinblick auf die Haushaltsplanberatungen und Mittelbereitstellungen so mit ihm als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses abgesprochen war. Letztendlich entscheiden, ob der öffentlich-rechtliche Vertrag geschlossen werden solle, könne ohnehin nur der Rechnungsprüfungsausschuss.

Sodann fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Aufnahme des Ausgabe-Ansatzes von 10.000 € in die Änderungsliste.“

- 6 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kinder- und Jugend- WP 04-09 SV 41/037
darthothek "Bildwechsel"
-

Nach kurzer Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss mit 22 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Kulturausschuss und Haupt- und Finanzausschuss die der SV als Anlage beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Kinder- und Jugendartothek der Stadt Hilden – „Bildwechsel“ – vom Die bisherige Benutzungsordnung für die Artothek der Stadt Hilden vom 16.04.1984 in der Fassung vom 03.08.2001 wird aufgehoben.“

- 7 Änderung der Vergnügungssteuersatzung WP 04-09 SV 20/061
-

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die in vollem Wortlaut vorliegende 1. Nachtragssatzung zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hilden vom 15.12.2005 rückwirkende zum 01.01.2005.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.“

- 8 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbücherei WP 04-09 SV 41/036
-

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Kulturausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die der SV als Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung (7. Nachtrag) für die Stadtbücherei Hilden zum 15.04.2006.“

9 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- 9.1 Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2006 - zugleich Anlage zum Haushaltsplan WP 04-09 SV 20/059
-

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von dem als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht. Der Rat beschließt über den Bericht als Anlage zum Haushaltsplan 2006, im Sinne von § 108 Abs. 2 GO NW in Verbindung mit § 2 Abs. 2 GemHVO a.F.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntgabe des Beteiligungsberichtes zu veranlassen, verbunden mit einer Auslegungsfrist von sieben Tagen. Die Aufsichtsbehörde ist vorab hierüber in Kenntnis zu setzen im Sinne von § 79 Abs. 5 GO NW a.F.“

- 9.2 Entwurf des Investitionsprogramms/ der Finanzplanung 2005 bis 2009 sowie des Haushaltsplanes 2006 WP 04-09 SV 20/060
-

Ohne Aussprache beschloss der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig die Änderungen, denen erledigte Anträge zugrunde liegen und Produkte/Haushaltsstellen, die finanztechnisch sich nach der Einarbeitung aller Änderungen ergaben (Liste 1 der Sitzungsvorlage). Anschließend beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mit 13 Ja-Stimmen (Fraktionen SPD, BA, Grüne und dUH) gegen 10-Nein-Stimmen (Fraktionen CDU und FDP) auf Antrag

der SPD-Fraktion die Anbringung eines HV 6-Vermerkes an den Haushaltsansatz beim Produkt 030104 „Gymnasien – Ausstattung Technikraum Helmholtz-Gymnasium“.

Sodann beschloss der Haupt- und Finanzausschuss mit einer Enthaltung (dUH-Fraktion) die Vorschläge der Verwaltung zu den einzelnen Produkten/Haushaltsstellen (Liste 2).

Zur Vorgehensweise bei der Abstimmung über die Anträge der Fraktionen, Hildener Bürgerinnen und Bürger zum kommunalen Haushalt und die sonstigen Anträge, über die noch im Einzelfall abgestimmt werden musste (Liste 3 der Sitzungsvorlage), ergab sich zu Beginn eine kontroverse Diskussion.

Dem Antrag der CDU-Fraktion, über die Anträge der Fraktion der Bürgeraktion, die in den Änderungslisten mit der Ziffer 8 bezeichnet sind, global abzustimmen, wurde zunächst mit 19 Ja-Stimmen gegen drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt. Der anschließenden globalen Ablehnung der Anträge wurde auf Hinweis des Kämmerers, dass dies nicht zulässig sei, nicht gefolgt.

Auf Hinweis von Rm. Reffgen/BA wurden die Anträge der Fraktion Bürgeraktion im Folgenden dann entgegen der Aufsplittung und Darstellung in der Liste 3 - wie beantragt - nach Produktgruppen zur Abstimmung gestellt.

Sodann rief der Vorsitzende, Bürgermeister Scheib, die Haushaltsstellen der Liste 3 der Sitzungsvorlage, über die noch abgestimmt werden musste, der Reihe nach auf.

Im Wesentlichen ergab sich zu folgenden Änderungsanträgen/Produkten eine Aussprache.

Anträge Nr. 11 und 33 – Produkt 011501 „Patent- und Partnerschaften/Hilfsfond Einwelt“

Die Fraktionen SPD, Grüne und dUH sprachen sich gegen die Anträge der FDP und CDU-Fraktion aus, die Mittel für den Hilfsfond zu streichen und verwiesen darauf, dass der Rat seinerzeit eine langfristige und langhaltige Förderung beschlossen habe. Zum einen sollte die Streichung der Mittel „nicht ohne Vorwarnung“ gestrichen werden, zum anderen gehe es der Stadt Hilden trotz der angespannten Haushaltssituation im Verhältnis nach wie vor gut.

Sodann wurden die Anträge mit 10 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU und FDP) gegen 11 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD, Grüne und dUH) und 2 Enthaltungen (BA-Fraktion) abgelehnt.

Antrag Nr. 39 – Produkt 011301 „Gebäudeunterhaltung; Bahnhof“

Rm. Weinrich/BA beantragte, den zweiten Satz des Antrages des ADFC als Handlungsanweisung zu beschließen.

Nach Erläuterungen durch den Bürgermeister und den Baudezernenten, dass es entsprechende Handlungsanweisungen an die Verwaltung bereits gibt, beantragte Rm. Scholz/SPD, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Antrag abzusetzen und sich nicht weiter damit zu befassen. Dieser Antrag wurde mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Antrag Nr. 9 – Produkt 050501 „Hilfen zur Integration; Projekte – Förderung der Integration von Migranten“

Rm. Schlottmann/CDU bat die Verwaltung zum Ende des Jahres um einen Bericht, welche Maßnahmen gegriffen hätten.

Nach Abschluss der Einzelabstimmungen fasste der Haupt- und Finanzausschuss mit 22 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme (dUH-Fraktion) folgenden Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis
 - a) das Investitionsprogramm sowie die Haushaltssatzung 2006 zur Beschlussfassung und
 - b) die Finanzplanung bis 2009 dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Listen 1 – 3 sind mit den Ergebnissen der Einzelabstimmungen der Niederschrift als Anlage beigefügt.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Solidarbeitrag

1. Beigeordneter Thiele teilte mit, dass die Stadt Hilden beabsichtige, mit 15 anderen Gemeinden Verfassungsbeschwerde gegen die von der Landesregierung vorgesehene Änderung bei der Berechnung des Solidarbeitrages einzulegen. Die Kosten des Verfahrens sollen nach der Einwohnerzahl aufgeteilt werden, sodass für die Stadt Hilden keine allzu hohen Kosten entstehen. Die Federführung dieses Beschwerdeverfahrens liege bei den Städten Düsseldorf und Langenfeld.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Weinrich/BA – Tribüne Am Bandsbusch

Rm. Weinrich/BA reichte für die Bürgeraktion folgende Anfrage ein:

„Im Nachgang zur Anfrage unseres sachkundigen Bürgers in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales am 21.03.2006 frage ich die Verwaltung:

1. Warum ist seit Wochen kein Baufortschritt an der Tribüne erkennbar, während z.B. die Errichtung des Seniorenzentrums auf dem ehem. HAT-Sportplatz voran schreitet ?
2. Ist der Verwaltung bekannt, dass Anfang der Woche Bauarbeiter die Baustelle mit den Worten verlassen haben sollen: „Hier passiert nichts mehr ?“
3. Sind an der Errichtung der Tribüne und der Nebenräume Sub-Unternehmer beteiligt ?

Wenn ja, welche ?

4. Ist der Verwaltung bewusst, dass herumliegendes Baumaterial eine erhebliche Verletzungsgefahr birgt, den Sportbetrieb gefährden und sogar – als Wurfgeschoss verwendet – zum Abbruch eines Fußballspiels beitragen könnte ?
5. Hält die Verwaltung angesichts des derzeitigen baulichen Zustandes der Tribüne die gefahrlose Durchführung des Ligabetriebs auf dem Rasenplatz der Bezirkssportanlage für jederzeit gewährleistet ?

a) Rm. Weinrich/BA – Ermittlungen von Beiträgen und Nutzungsgebühren für städtische Einrichtungen

Rm. Weinrich/BA reichte für die Bürgeraktion folgende Anfrage ein:

Innerhalb der Verwaltung ermitteln Mitarbeiterinnen unterschiedlicher Dezernate der Stadt Beiträge und Nutzungsgebühren zum Beispiel für Kindertageseinrichtungen, Bafög, OGA-TA VHS, Wohngeld etc. Bei diesen Erhebungen wird unter anderem das Einkommen der Antragsteller als Basis für die Höhe der Zahlungen herangezogen. Hinzu kommt, dass sich viele Anträge überschneiden, sodass gleiche Daten in den unterschiedlichsten Bereichen ermittelt und bearbeitet werden. Dieses gilt ausdrücklich auch für das Sozialamt und die ARGE.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Personalkapazität und welche Sachkosten werden innerhalb der Verwaltung (in den Dezernaten und Fachabteilungen) für die Ermittlung von Beiträgen und Nutzungsgebühren aufgewendet ?
2. Welche Synergie-Effekte könnten bei einer Zusammenfassung der Aufgaben, unabhängig davon, in welchem Dezernat diese Arbeiten gebündelt werden, erzielt werden ?

Zurzeit werden alle Antragsteller aufgefordert, ihre Einkommensverhältnisse offen zu legen. Im Kreis Mettmann bekommen alle Eltern eine Zahlungsaufforderung mit dem möglichen Höchstbetrag. Gleichzeitig wird verständlich dargelegt, dass dieser Höchstbetrag nur bei entsprechend hohem Einkommen zu zahlen ist. Eltern, deren Einkommen geringer ist, legen entsprechende Belege vor. Dadurch müssten sich die Fallzahlen um 10 – 20 % reduzieren.

1. Bei welchen Beitragserhebungen ist dieser Weg möglich ?
2. Welche Personal- und Sachkosteneinsparungen ergeben sich dadurch ?

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Vorsitzende

Roland Becker
Schriftführer/in

Gesehen:

Günter Scheib
Bürgermeister